

VI. Nachhaltigkeit: Globalisierung mit europäischem Gesicht

Nur eine Welt der Vielfalt und Kreativität in sozialer und ökologischer Verantwortung, die ihre Kulturen und Eigenheiten bewahrt, in der sich die unterschiedlichen Gesellschaften respektieren und die ihre Konflikte sozial regeln, ist auch eine lebenswerte Welt. Dafür können von der Europäischen Union wichtige Impulse ausgehen. Deshalb treten wir dafür ein, dass die Europäische Union zu einer Union der Nachhaltigkeit wird. Wir wollen der Globalisierung ein europäisches Gesicht geben

Die europäische Gesellschaft ist durch ihre wirtschaftliche und wissenschaftliche Kraft, durch die Erfahrungen aus ihrer Geschichte, durch ihre soziale Tradition und durch die Offenheit für ökologische Probleme besonders geeignet, bei der sozialen und ökologischen Gestaltung der Globalisierung eine Vorreiterrolle einzunehmen. Die Sozialdemokratie wiederum kann in Europa der Motor für die Konkretisierung dieser Zukunftsperspektive sein. Das Leitbild und die Programmatik der Nachhaltigkeit schaffen den Rahmen, gesellschaftlichen Fortschritt durch die Zusammenführung von wirtschaftlicher Leistungskraft, solidarischem Zusammenleben und ökologischer Verträglichkeit zu verwirklichen.

(Angenommen)

Antrag U 2

Unterbezirk Diepholz (Bezirk Hannover)

Nachhaltige ökologisch-soziale Entwicklung in Deutschland und Europa

Eine nachhaltige ökologisch-soziale Entwicklung in Deutschland und Europa erfordert eine stärkere strategische Ausrichtung unserer Politik auf dieses Ziel. Strategisch notwendige Schritte sind dafür:

- die europaweite Ökosteuer auf alle konventionellen Primärenergien und auf fossile Rohstoffe, bei Steuerbefreiung erneuerbarer Energien und Rohstoffe;
- Das bedeutet, unsere ökologische Steuerreform muss nach 2003 ökologisch effizient und Europatauglich weiterentwickelt werden;
- Priorität der Forschungs- und Entwicklungsprogramme für die Umwandlungs-, Speicher- und Nutzungstechniken erneuerbarer Ressourcen, insbesondere die Entwicklung von Motorentchniken, die zum emissionsfreien Betrieb mit erneuerbaren Energien führen sowie die biologische Materialforschung, die das enorme und größtenteils bisher unbekannte pflanzliche Nutzpotalential zur Herstellung zahlreicher Endprodukte (Baumaterial, Arzneimittel, biologische Kunststoffe, Farben, Lacke u.a.m.) identifizierbar macht (ökologische Biotechnologie);
- die europäische Initiative zur Einrichtung einer Internationalen Agentur für erneuerbare Energien für den nicht kommerziellen Technologietransfer;
- die Einrichtung eines Gemeinschaftsrahmens der EU zur industriellen Mobilisierung erneuerbarer Energien;
- die Konzentration des Entwicklungsfonds für die Lomé-Staaten auf Mobilisierung erneuerbarer Energien;
- eine Europäische Richtlinie für die ungehinderte Stromspeisung erneuerbarer Energien in die Netze durch private Betreiber dezentraler Anlagen zu garantierten Mindestpreisen, die eine wirtschaftliche Betriebsführung sicherstellen;
- einmalige Betriebsbeihilfen für Landwirte für Investitionen zur Nutzung selbst produzierter Bioenergie;
- die Förderung von Unternehmensgründungen auf regionaler Ebene zur Herstellung und den Vertrieb von Bio-Treibstoffen;
- die generelle Marktprivilegierung regionaler Ressourcen für den jeweiligen regionalen Markt, bis hin zur Landwirtschaft.

Von besonderer Bedeutung für die Chance, mit erneuerbaren Ressourcen die gesamtwirtschaftliche Entwicklung auf eine neue Stufe zu stellen, ist das generelle Verbot der Patentierung von Genen. Nur Produktionsverfahren dürfen patentiert werden, auf keinen Fall aber die bloße Entdeckung von Genen. Eine Patentierung von Genen bedeutet die Enteignung der Menschheit von ihren gemeinsamen Naturerbe durch private Patentinhaber in Form transnationaler Konzerne. Sozialdemokraten werden sich auf den jeweiligen politischen Ebenen dafür einsetzen, daß diese Schritte möglichst bald getan werden.

(Überwiesen an Bundestagsfraktion)

Antrag U 6

*Unterbezirk Nürnberg
(Landesverband Bayern)*

Weltklimakonferenz

Die Bundesregierung stimmt keinen Verträgen zu, die die CO₂-Emitierung in Verbindung mit Emissionshandel zulässt. Sie setzt sich vielmehr dafür ein, weitergehende Regelungen zu erreichen, die den Ausstoß von CO₂ reduziert. Notfalls beschließt sie geeignete Maßnahmen im Alleingang oder im Rahmen der EU.

(Überwiesen an Bundestagsfraktion)

Antrag U 7

*Ortsverein Quakenbrück (
Bezirk Weser-Ems)*

Ökosteuer

- Öffentliche Verkehrsmittel sind von der Ökosteuer zu befreien,
- umweltschonende Energiegewinnung ist von der Ökosteuer zu befreien,

- Freistellungen von der Ökosteuer sind nur in Ausnahmefällen zu gewähren.

(Überwiesen an Bundestagsfraktion)

Antrag U 8

*Ortsverein Quakenbrück
(Bezirk Weser-Ems)*

Trinkwasserversorgung

Der Zustand der gegenwärtigen Trinkwasserversorgung ist beizubehalten. Eine Liberalisierung und Deregulierung erfolgt nicht.

(Überwiesen an Bundestagsfraktion)

Antrag U 9

Landesverband Bayern

Keine Liberalisierung der Trinkwasserversorgung

Wir fordern die SPD-geführte Bundesregierung und die SPD-Bundestagsfraktion auf, alle Schritte zu unternehmen, um eine Liberalisierung der Trinkwasserversorgung zu verhindern. Insbesondere wird die Streichung des Gebietsschutzparagraphen 103 im Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen abgelehnt. Das bewährte System der öffentlichen, wohnortnahen Wasserversorgung mit einer der weltweit höchsten Wasserqualitäten soll die Bundesregierung auch gegen etwaige Versuche von Seiten der EU verteidigen, in diesem Bereich die Liberalisierung voranzutreiben.

(Angenommen)



Parteitag der SPD in Nürnberg

19. bis 22. November 2001

Beschlüsse



SPD